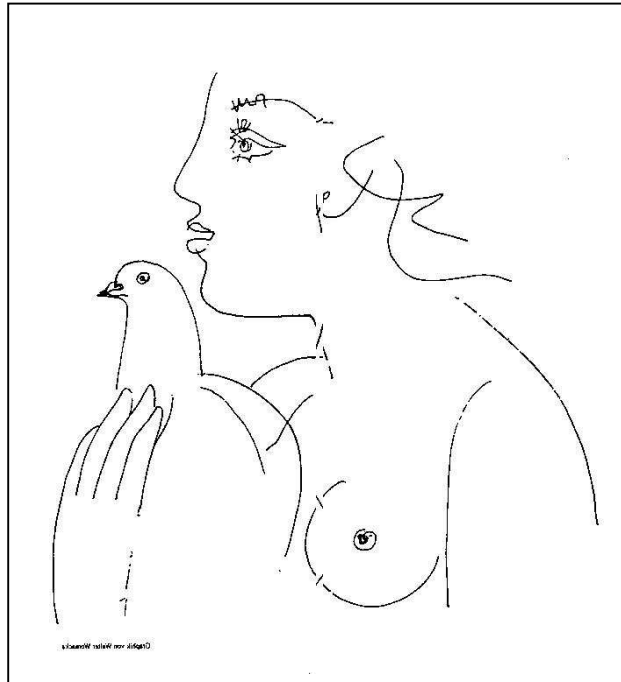


# Europäisches Friedensforum epf Deutsche Sektion

Zentraler Arbeitskreis Frieden der  
Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde e.V.

Nr. 53



## Demokratie ohne Friedensgarantie

von

Heinz Britsche

Redaktionsschluss: 20.04.2009

---

c/o Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde e. V.

Weitlingstrasse 89, 10317 Berlin

Tel.: 030/ 557 83 97 Fax: 030/ 555 63 55 E-mail: [gbmev@t-online.de](mailto:gbmev@t-online.de) Homepage: [www.gbmev.de](http://www.gbmev.de)

*George Bush ruhmlos abgetreten \* zwei Kriege, Hunderttausende Tote \* die USA im Niedergang \* in tiefer wirtschaftlicher Krise \* einen Scherbenhaufen hinterlassend \* Obamas Wahl zum Präsidenten als Sieg der Demokratie gefeiert \**

Dennoch versuchen Politologen eine Ehrenrettung für den Kriegspräsidenten. Er habe mit seiner Bush-Doktrin, die weit in das 21. Jahrhundert wirken könnte, den Weg zur Befreiung der Welt von der Tyrannei gewiesen. Das meint zum Beispiel John Lewis Gaddis, Professor für Militärgeschichte an der Yale University, dessen Aufsatz „IP“ von der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik im Januar 2009 nachdruckte.

Gaddis befasst sich als Ausgangspunkt mit Fukuyamas "Ende der Geschichte", in der nach Konflikten verschiedener politischer Systeme die Demokratie die Oberhand behalten habe.

Die Theoretiker des "demokratischen Friedens" bemühen sich nachzuweisen, dass Demokratien selten in einen Konflikt miteinander gerieten. Die Neokonservativen in den USA forderten, daraus schlussfolgernd, aggressive Maßnahmen um die Demokratie zu fördern. Nach dem 11. September 2001 dachten diese Kreise, es genüge ein paar Tyrannen zu stürzen um der Demokratie zum Durchbruch zu verhelfen. Auf solchen Irrtümern basiert die Bushdoktrin, die von vornherein zum Scheitern verurteilt war. Das gilt auch für diejenigen, die Teile davon zu retten suchten. Die Annahme, Amerikas Sicherheit hänge von der Verbreitung der Demokratie in der Welt ab, die zu fördern sei, " mit dem letztendlichen Ziel, Tyranneien ein Ende zu setzen"(1). Ein Anspruch der vom Größenwahn diktiert ist und schon in jüngster Vergangenheit zu Millionen Toten führte.

*Was für eine Demokratie meinen eigentlich die US- amerikanischen Globalstrategen?*

Selten ist mit einem Begriff so viel Schindluder getrieben worden wie mit dem Namen Demokratie. Wir wissen aus der Schule, der Name kommt aus dem alten Griechenland und heißt soviel wie Herrschaft des **Volkes Demos**, womit Handwerker, kleine Händler, freie Bauern bezeichnet wurden, die keine Sklaven besaßen und über die die **Aristoi**, die Besitzer großer Landgüter, **die Herrschaft** ausübten.

---

1) John Lewis Gaddis, Das Ende der Tyrannei, In: IP Internationale Politik, Januar 2009, S.80

Der Kampf zwischen den **Demos** und **Aristoi** zieht sich durch die Geschichte der **Polis**. Die Sklaven besaßen keinerlei Rechte, wie übrigens auch nicht die Negersklaven in Nordamerika.

Die Demokratie erlebte ihren Aufbruch im Kampf gegen die Feudalherrschaft, spiegelnd in den Parlamenten Englands, Frankreichs sowie der Vereinigten Staaten. Abgeordnete wurden gewählt. Die entschieden vor allem über den Haushalt, manche über Politik und damit über Kriege. Sie waren immer darauf bedacht alte Besitzstände zu sichern, gleich wie sie zustande gekommen sind. Der Begriff Demokratie sagt selbst noch nichts aus über Machtverhältnisse, nur über die Methode sie zu gewährleisten.

Die vielgepriesene bürgerliche Demokratie hat weder den Faschismus verhindert noch die besonders zahlreichen Kriege des 20. Jahrhunderts, mit ihren über 100 Millionen gewaltsam Getöteten.

Weshalb soll nun ausgerechnet das Modell der amerikanischen Demokratie bindend für alle Staaten der Welt sein? Die US-Demokratie war nie ein Musterbeispiel friedlichen Verhaltens. Im Gegenteil, die Liste ihrer Interventionen ist besonders lang. Die Kriege wurden nach **Präsidenten-Doktrinen** inszeniert.

## **Demokratie Made in USA**

Nach der Wahl Obamas gab es in Medien großen Jubel über den Sieg der Demokratie in den USA. Der Liberalismus **Toquevilles** hätte gesiegt und das nach zwei Jahren Wahlkampf, der allein **für Obamas Helfer 742 Millionen Dollar** verschlungen hat. Ist dieses amerikanische Wahlmodell wirklich weltweit so empfehlenswert?

Eine Episode mag die Grenzen des Systems vor Augen führen. Der ehemalige Präsident Jimmy Carter, dessen Carter Center weltweit Wahlbeobachtungsmissionen übernimmt, wurde 2004 in einer Radio-sendung gefragt, ob seine Gruppe auch die Beobachtung der amerikanischen Wahlen übernehmen würde. Seine Antwort: "No. We wouldn't think of it." "Als Begründung führte er an, dass in den USA gleich mehrere Kriterien fairer Wahlen nicht erfüllt seien, nämlich der freie Zugang der Kandidaten zu Radio und Fernsehen, die unabhängige Überwachung der Wahlen durch überparteiliche Gremien, die natio-

nale Standardisierung der Prozeduren und die technische Möglichkeit der Überprüfung der Stimmauszählung". (2)

Ein bemerkenswertes Eingeständnis eines USA-Präsidenten. Die in den Vereinigten Staaten verkündeten allgemeinen Menschenrechte werden von vornherein eingeschränkt, nicht nur durch Entziehung des Wahlrechts für geschätzte 16 Millionen Amerikaner, den sogenannten "felons", sondern vor allem durch das Geld, nur wer genügend Spenden bekommt erhält überhaupt eine Chance – wie den Zugang zu den Massenmedien, ohne sie die bei Wahlen nichts läuft. Dazu gehört auch das Bekenntnis zur unternehmerischen Freiheit als vorrangiges Ziel der Freiheitsrechte.

Wenn Gaddis in seinem Aufsatz "Das Ende der Tyrannei" Bushs Rede an die Nation vom Januar 2005 als Leitlinie US-amerikanischer Politik auch künftig betrachtet, sie in einem Atemzuge mit der Monroe- und Truman-Doktrin in ihrer Bedeutung nennt, dann ist es angebracht deren Zielstellung und Wirkung unter die Lupe zu nehmen. Die Bush-Doktrin für das 21. Jahrhundert besteht eigentlich nur aus einem Satz, nämlich die Leitlinie der amerikanischen Politik sei "mit aller Kraft demokratische Bewegungen und Institutionen in allen Nationen und Zivilisationen mit dem Ziel zu unterstützen, die Tyrannei in dieser Welt zu beenden."(3)

Wobei ohnehin zu klären wäre, was Bush unter Tyrannei überhaupt in seinem Kreuzzugswahn verstand?

Da seine Anmaßungsdoktrin die geistige Fortsetzung der Monroe- und Truman-Doktrin sein sollte, ein paar Blicke auf diese Leitlinien amerikanischer Politik.

Präsident Monroe verkündete am 2. Dezember 1823 in einer Botschaft an den Kongress, dass die USA sich jede Einmischung europäischer Mächte in die amerikanische Hemisphäre verbieten. Das ist erst einmal positiv zu werten, da sich die Doktrin gegen jegliche erneute Kolonialisierung richtete. Sie war von den Ideen der Volkssouveränität und des bürgerlichen Nationalismus beeinflusst. Sie diente jedoch später, nordamerikanische Vorherrschaftsansprüche in Lateinamerika durchzusetzen. Die Monroe-Doktrin teilte die Hemisphären, die Bush-Doktrin dagegen bezieht sich gleich auf die ganze Welt. Immerhin gab es schon zur Zeit Monroes das USA-Marinekorps.

---

2 Jens Alber, Tocqueville lebt, In: WZB Mitteilungen, März 2009, Berlin, S.39

3 Gaddis ,a.O.S.72

Im November 1775 im nordamerikanischen Unabhängigkeitskrieg entstanden, wurde es zum brutalen Instrument der USA-Expansionspolitik.

General Smedley D. Butler, einstiger Kommandeur der Ledernacken, gab vor einem Kongressausschuss eine aufschlussreiche Erklärung ab: "Ich verbrachte 33 Jahre und 4 Monate im aktiven Dienst als Angehöriger der beweglichsten Truppe unseres Landes - des Marinekorps. Ich diente in allen Offiziersrängen vom Leutnant bis zum Generalmajor. Und während dieser ganzen Zeit diente ich fast unausgesetzt dem Big Business, der Wallstreet und den Banken als starker Mann. Kürzlich war ein Zuhälter des Kapitalismus. So war ich 1914 beteiligt, in Mexiko und besonders in Tampico, die amerikanischen Ölintereessen zu sichern. Ich half Haiti und Kuba zu einer hübschen Profitquelle der National City Bank zu machen...Ich half in den Jahren von 1909 bis 1912 für das Internationale Bankhaus Brown Brothers Nikaragua freizumachen. 1916 brachte ich zugunsten der amerikanischen Zuckerinteressen der Dominikanischen Republik das Licht. Ich war daran beteiligt, für die amerikanischen Obstinteressen Honduras in Ordnung zu bringen. In China half ich 1927 dafür zu sorgen, dass die Standard Oil unbehelligt ihren Weg nehmen konnte...Wenn ich jetzt darauf zurückblicke, kommt es mir vor, als könnte Al Capone von mir lernen. Das höchste, was er geschafft hat: Er hat seine Bande in drei Stadtteilen operieren lassen. Wir vom Marinekorps haben in drei Erdteilen operiert."(4)

Diese Interventionen und Dutzende weitere mit vielen Tausenden Menschenopfern geschahen nach der Unabhängigkeitserklärung der Vereinigten Staaten mit dem Anspruch "dass alle Menschen gleich geschaffen sind", gleiche Rechte verdienen und für den Verfasser Thomas Jefferson, auf den auch Obama schwört, war der Tyrann der britische König Georg II., "dessen Verbrechen ihresgleichen suchen.". Trotz fortschrittlicher Postulate in der Verfassung von 1787, begann die blutige Jagd des weißen Mannes auf die „Rothäute“, die Indianer und Ureinwohner des Kontinents. Lebten um 1500 nördlich des Rio Grande noch 4,5 Millionen Indianer, gab es nach der Niederlage der Sioux in der Schlacht von Wounded Knee 1890 weniger als insgesamt 500 000 Überlebende. Auf diesen Ausrottungsfeldzug trifft die Be-

---

4 New York Times, 8. Dezember 1931

zeichnung Völkermord zu. Geschehen, nach Verkündung demokratischer Menschenrechte.

So bleibt die Gretchenfrage an den neuen Präsidenten, kann er sich von dem Geist jener Vorgänger lösen, die verkündet hatten, dass den USA übertragen sei, die Welt nach ihrem Bilde zu formen?

Nämlich, die Demokratie zur Sicherung des Kapitalismus und dessen Expansion zu betrachten? Eine Konstante der Außenpolitik der USA, die zu zahlreichen Kriegen und Weltkrisen führte.

## **Die Truman-Doktrin**

Der zweite Weltkrieg mit seinen über 50 Millionen Toten war noch nicht lange vorbei, da verkündete USA-Präsident Truman am 12.März 1947 vor dem Kongress seine Doktrin mit den Schlagwörtern für "Freiheit und Demokratie". Formell ging es um die Bewilligung von Geldern für das Eingreifen in den Bürgerkrieg in Griechenland und prinzipiell um die Bereitstellung von Hilfen, einschließlich des Militärs an alle die sich an Washington wenden.

Die Vereinigten Stabschefs entwarfen dafür gleich strategische Pläne. Sechs Tage vor der Verkündung seiner Doktrin, hatte Truman in einer Rede in der Baylor University erklärt:

"Es gibt eine Sache, die von Amerikanern sogar noch höher als Frieden bewertet wird. Das ist die Freiheit. Glaubensfreiheit - Redefreiheit - unternehmerische Freiheit!"(5) Die beiden erstgenannten Freiheiten werden nach Truman von der verwandten dritten bestimmt: "Daher hat unsere Verehrung der unternehmerischen Freiheit in den Vereinigten Staaten tiefere Wurzeln".(6) Diese Wurzeln bestimmten die Außenpolitik Washingtons, auch die Umorientierung von der Antihitlerkoalition zur Konfrontation mit der Sowjetunion.

Das war der Kurswechsel zum kalten Krieg, zur Politik des Containment, der Eindämmung des kommunistischen Einflusses, in dem Glauben, dass der einseitige Besitz der Atombombe der entsprechende Knüppel dafür sei. Im November 1947 fand in einem kleinen Kreis in Westberlin ein Gespräch mit dem Leiter der Politischen Abteilung der Civil Affairs Administration der amerikanischen Militärregierung,

---

5 Zit .n. Greiner, Steinhaus, Auf dem Weg zum 3.Weltkrieg,Köln 1980,S.96

6 Ebenda,S.97

Richard Scammon, statt, an der auch der britische Journalist W. G. Burchett teilnahm, der darüber berichtete: "Es ist einfach schrecklich, klagte Mister Scammon, dass das State Department immer sechs Monate hinter uns herhinkt. Erst jetzt haben sie unsere Forderung nach einem westdeutschen Separatstaat gutgeheißen und dabei ist schon seit sechs Monaten alles Notwendige vorbereitet. Wenn erst das Friedensstatut(Besatzungsstatut) unterzeichnet ist, können wir Westdeutschland zu unseren Verbündeten machen. In einigen Monaten werden wir gestiefelt und gespornt sein, um loszumarschieren. Selbstverständlich werden wir bereit sein, loszuschlagen. Gerade in letzter Zeit habe ich mich damit beschäftigt, ein Memorandum über unsere Besatzungspolitik in der Sowjetunion zu entwerfen."(7)

Dahingestellt, ob Whisky die Zunge Scammons gelockert hatte, er plauderte nur aus, was in geheimen Dokumenten des Weißen Hauses, des State Departments und des Pentagon bereits geschrieben stand. Auch wenn in einem anderem Dokument vom 11. Dezember 1947 nachzulesen war, dass die UdSSR in den nächsten fünf bis zehn Jahren keinen Krieg gegen die USA führen könne.(8) Dennoch machte der USA-Außenminister John Foster Dulles am 20. Januar 1948 im Senatsausschuss für Auswärtige Angelegenheit den Vorschlag, ein militärisches Bündnis westeuropäischer Staaten zu gründen. Die Bemühungen führten am 4.April 1949 zur Unterzeichnung des Nordatlantikvertrages in Washington. Die NATO war gezeugt, die nun ihren 60.Geburtstag feiert. Im Namen der westlichen Demokratie begann eine Aufrüstung ohnegleichen in der Geschichte, die in einem gigantischem Wettrüsten mündete.

Wenn gegenwärtig Politiker aus NATO-Staaten behaupten, der Pakt habe einen Krieg verhindert, so ist das höchstens die halbe Wahrheit, für die Zeit des kalten Krieges Europa betreffend. Das nukleare Patt, oder auch Gleichgewicht des Schreckens genannt, verhinderte zweifellos einen großen Krieg zwischen den Paktsystemen, weil jede Seite wusste, wer zu erst schießt stirbt als zweiter! Das hielt die NATO-Staaten dennoch nicht ab zahlreiche lokale Kriege zu führen.

USA-Streitkräfte überfielen mit ihren Interventionen viele Länder, waren im Korea-Krieg 1950 bis 1953, im Vietnam-Krieg 1964 bis

---

7 Wilfried G. Burchett, Der kalte Krieg in Deutschland, Berlin 1950,S.255

8 Greiner, Steinhaus a.a.O.S.120

1973, sogar mit Hunderttausenden GIs im Einsatz, unterstützten die CIA-Operation "Pluto" gegen Kuba 1961, um nur einige der verlustreichsten Kampfhandlungen zu nennen, die Hunderttausenden Menschen, vor allem Zivilisten, darunter Frauen und Kindern, das Leben kosteten. Sollen die im Namen der "Demokratie" geopfert worden sein?

Frankreich führte in Indochina und Algerien noch Kolonialkriege, die es verlor. Großbritannien war der Aggressor in der Suezkanalzone Ägyptens und im Falklandkrieg. Die Liste der sogenannten Stellvertreterkriege ist beachtlich. Wie man schon daran erkennen kann, sind demokratische Spielregeln, die angeblich in diesen Ländern herrschen sollen, keine Garantie für den Frieden.

Nach dem Scheitern des Sozialismus in Europa gab es für den Einsatz von NATO-Streitkräften keine Haltegrenzen mehr. Weder auf dem Balkan noch in Afghanistan und im Irak.

### **Theoretische Rechtfertigungsversuche**

Gegenwärtig finden Konzepte über den liberalen Imperialismus und imperialen Liberalismus zur Begründung US amerikanischer Politik Verbreitung. Dabei wird die These aufgestellt: "Demokratien gelten als weniger aggressiv denn autoritär verfasste Staaten und entwickelte Gesellschaften mit ausgeprägten Umverteilungsmechanismen werden ebenso friedlicher erachtet als solche die unterentwickelt sind und bei denen große soziale Disparitäten bestehen." (9)

Ein solcher liberaler Imperialismus, nach dem Muster der britischen Großmacht entwickelt, soll die Welt beherrschen, eine wie auch immer geartete "Unfreiheit" überwinden. Wo bei diese Liberalismus Verfechter schlussfolgern, "dass sie mit liberalen Mitteln allein nicht für immer aus der Welt zuschaffen ist". (10) Im Klartext kann das nur heißen, die Ausdehnung des imperialistischen Systems rechtfertige den Krieg. Kein Wunder, dass zu den Befürwortern des amerikanischen Irak-Krieges zwei vielbeachtete Autoren gehörten, Samuel P. Huntington, Verfasser von "Kampf der Kulturen" über die Neugestaltung der Weltpolitik im 21. Jahrhundert und Francis Fukuyama, der 1992 "Das Ende der Geschichte" prophezeit hatte. Er stützte sich auf

---

9 Joachim Krause, Liberaler Imperialismus und imperialer Liberalismus, ZFAS, 1-08, S.72

10 Ebenda, S.79



die Christen, die die erste Universalgeschichte verfasst hätten und teilt dann die Welt in die westliche, die posthistorische und die gegenwärtig historische ein, um dann festzustellen: "Trotz zunehmender wechselseitiger Abhängigkeit im Bereich der Wirtschaft ist die Anwendung von Gewalt als letztes Mittel ihrer Beziehungen nicht ausgeschlossen."(11) Fukuyama schreibt eigentlich nichts Neues, nur die Fortsetzung bisheriger imperialer Politik Washingtons.

*Gibt es auch nur einen einzigen anderen Staat der seit dem Ende des zweiten Weltkrieges so viele andere Staaten bombardierte wie die USA?*

Der Direktor des Kopenhagener Friedensforschungsinstituts, Hakan Wiberg, bezifferte am 27.Juli 2000 die Zahl der von den USA bombardierten Staaten mit 22, noch vor den Afghanistan- und Irakkrieg. Die NATO schloss sich dem Bombenterror an. Allein gegen Jugoslawien flogen deren Kampfflugzeuge 37. 465 Einsätze.

Zurecht nimmt die Mehrheit der Bevölkerung in der Weltgemeinschaft empört zur Kenntnis, wenn sich ein Selbstmordattentäter zwischen Zivilisten in die Luft gesprengt und zahlreiche Unschuldige dabei getötet hat. Westliche Politiker und Medien schreien jeweils laut auf: Terror! Wo aber bleibt der Aufschrei nach der Tötung unschuldiger Zivilisten durch Fliegerbomben? Das Leid ist nicht teilbar, der Tod kann niemals demokratisch sein.

Samuel Huntington erkennt in seinem Buch westliche Überheblichkeit und vorhandene Ungerechtigkeiten in der Welt an, sieht die Konfliktpotentiale, wenn er schreibt: "Die gefährlichen Konflikte der Zukunft ergeben sich wahrscheinlich aus dem Zusammenwirken von westlicher Arroganz, islamischer Unduldsamkeit und **sinischen** Auftrumpfen."(12)

Huntington befürwortete einen Krieg gegen den Iran, gesteht zugleich, dass laut Pentagon die USA von 1980 bis 1995 in 17 militärische Operationen im Nahen Osten verwickelt waren, "die sich alle gegen Muslime richteten."(13) Er schließt selbst einen künftigen Krieg gegen China nicht aus und schreibt zum Abschluss seines Werkes:

---

11 Francis Fukuyama, Das Ende der Geschichte, München 1992,S.374

12 Samuel P. Huntington, Kampf der Kulturen, München 2002,S.291

13 Ebenda,S.348

"Im Kampf der Kulturen werden Europa und Amerika vereint marschieren müssen oder sie werden getrennt geschlagen."(14)

Eine seltsame Demokratie, die man bereit ist aus Sicherung eigener Profitinteressen im Blute zu tränken. Auch in Deutschland finden solche Ansichten Zuspruch in Politikerkreisen.

## **Krieg führen für den Frieden?**

Schon der Anspruch klingt absurd: Krieg um den Frieden! Unbestritten wurden Kriege geführt um Frieden zu erzwingen, denn ohne den Einsatz der alliierten Streitkräfte wäre der Faschismus nicht besiegt und der Frieden erreicht worden. Aber den II. Weltkrieg haben nicht die Alliierten begonnen sondern die deutschen und italienischen Faschisten zusammen mit den japanischen Militaristen. Wenn sich Völker gegen militärische Überfälle wehren, dann führen sie wahrlich Krieg um den Frieden. Wer aber Kriege beginnt, begeht Aggressionen, die auch nach der UNO-Definition als Verbrechen einzustufen sind. Daran sollte sich nichts ändern. Der in führenden deutschen Politikerkreisen noch immer viel beachtete, inzwischen verstorbene, Philosoph Sir Karl Popper, hatte in einem Spiegel-Interview erklärt: "Wir dürfen nicht davor zurückschrecken, für den Frieden Krieg zu führen...Im überholtem Sinne pazifistisch vorzugehen wäre Unsinn. Wir müssen für den Frieden Krieg führen. Und selbstverständlich in der am wenigsten grausamen Form."(15) Diese Sätze stammen aus dem Jahr 1992 und es ging dabei auch um die später von USA-Experten gesuchten und nie gefundenen Atombomben des Irak. Aber immerhin hat George Bush den bösen Rat Poppers befolgt und den Aggressionskrieg gegen das Zweistromland begonnen. Hunderttausende Tote in einem solchen "Krieg für den Frieden"! Übrigens ist die These Poppers nicht so neu gewesen. Man kann ihn nicht mehr fragen ob er sie kopiert habe. Bereits am 25.August 1950 erklärte der USA-Marineminister Matthews: "Wir sollten uns friedenswillig zeigen und unsere Absicht kundtun, jeden Preis, selbst den eines Krieges, zu zahlen, um eine Zusammenarbeit für den Frieden zu erzwingen...Diese Friedenspolitik, obwohl sie uns die für eine wahre Demokratie neue Rolle zuweist, einen Angriffskrieg begonnen zu haben, würde uns eine stolze und volkstümliche Bezeichnung einbringen: Wir würden die

---

14 Ebenda,S.531

15 Karl R. Popper, Alles Leben ist Problemlösen, München 1996,S.288

ersten Friedensaggressoren werden."(16) Ein solcher enthüllender Text, entsprach zwar der Truman-Doktrin, sollte aber nicht so laut ausgesprochen werden. Matthews verlor seinen Posten. Dafür fand seine Idee an der Schwelle des 21. Jahrhunderts rege Verbreitung. Auch durch den französischen Philosophen Andre Glucksmann. Im Vorwort seines Buches "Krieg um den Frieden" begrüßt er nicht nur den NATO-Einsatz gegen Serbien, den Bombenkrieg sondern auch den Vergleich Joschka Fischers von Srebrenica mit Auschwitz zur Rechtfertigung der deutschen Teilnahme am Bosnienkrieg. Ein Vergleich der sich verbietet. Die Exekutionen von Srebrenica waren zweifellos ein Kriegsverbrechen aber die Zweieinhalb Millionen in Auschwitz ermordeter Juden, stehen wie der Holocaust, als singulärer Völkermord in der Geschichte .Glucksmanns Denkweise drückt sich in folgender Feststellung aus, in dem er sich dem Mainstream anpaßt: "Selbstverständlich lebt der Mensch von nichts anderem als vom Kriege. Auf allen Breitengraden zeigt er sogar unleugbar Schwierigkeiten, in Kategorien zu denken, die eine baldige Beendigung des Krieges voraussetzen würden."(17)

Wer wird bei solchem Fatalismus nicht an Goethes Faust erinnert, an den Osterspaziergang vor dem Tor:

"Nichts Besseres weiß ich mir an Sonn- und Feiertagen,  
als ein Gespräch von Krieg und Kriegsgeschrei.  
Wenn hinten, weit in der Türkei,  
die Völker aufeinanderschlagen.  
Man steht am Fenster, trinkt sein Gläschen aus,  
sieht den Fluss hinab die bunten Schiffe gleiten.  
Dann kehrt man abends froh nach Haus,  
und segnet Fried` und Friedenszeiten

Kaum zu bestreiten ist die Tatsache, dass sich Volksmehrheiten leicht für einen Krieg beeinflussen lassen. So wählten Mehrheiten George Bush wieder zum Präsidenten, obwohl er die Kriege in Afghanistan und Irak begonnen hatte.

Fast die Hälfte der israelischen Wähler entschied sich für jene Kandidaten, die den Krieg gegen die Palästinenser befürworteten und dem Volk Palästinas das Recht zur Bildung eines eigenen Staates verweigern möchten.

---

16 Greiner,Steinhaus,a.a.O.S.36

17 Andre´ Glucksmann,Krieg um den Frieden,Stuttgart,S.24

Die Kriegsbegeisterung der Deutschen war besonders im August 1914 augenfällig, als die kaiserlichen Soldaten unjubelet an die Front marschierten

Der Blitzkrieg der Hitlerwehrmacht fand besonders nach dem Sieg über Frankreich breite Zustimmung. Nach dem 1933 bei den Reichstagswahlen 44 Prozent der deutschen Wähler, nach dem sogenannten "Röhmputsch" 85 Prozent, bei den Frühjahrsplebisziten 1936 und 1938 über 90 Prozent für die Nazis votierten und damit gewissermaßen, wenn auch nicht völlig bewusst, Hitler den Weg in den Krieg öffneten.

Doch zurück zu Glucksmann und seinen Ansichten über den Krieg. "Die Gepflogenheiten des Tötens implizieren ipso facto eine neue Art des Überlebens. Auf diese Weise ist der Krieg Träger der Kultur".(18) Wissend, dass in den letzten Kriegen seit dem Ende des zweiten Weltkrieges mehr als 30 Millionen Menschen umgebracht worden sind, davon 80 Prozent Zivilisten, vor allem Frauen und Kinder. Wahrlich eine "Kulturtat" die ihresgleichen sucht. Glucksmann beklagt zwar das Wüten Pol Pots in Kambodscha, findet aber kein Wort zu der Tatsache, dass ausgerechnet die "Demokratien", die heute nun den Krieg um den Frieden unter dem Firmenschild "militärischer Humanismus" führen, den grausamen Massenmörder noch in der UNO die Treue hielten und die Vietnamesen verurteilten, die die Kambodschaner von Pol Pots-Todesherrschaft befreiten.

In seinem Kapitel "Auf den Weg zum humanitären Krieg" schreibt Glucksmann: "Die bewaffnete humanitäre Intervention, die Form des Krieges im 21.Jahrhundert, ist nichts selbstverständliches. Sie stützt sich nicht auf den Dogmatismus der gerechten Gründe, denn bei ihr geht es um eine Einmischung in eine unklare Auseinandersetzung. ...Wer sich weigert einen Krieg zu führen, den er nicht vermeiden kann, verliert ihn."(19)

*Also, frisch auf westliche Demokraten interveniert, wenn euch die Lebensart der Anderen nicht passt.*

Nun hat gerade sein Landsmann vor über zweihundert Jahren, Jean Jacques Rousseau, in seinem "Gesellschaftsvertrag" nicht nur die glei-

---

18 Ebenda,S.72

19 Ebenda,S.199

chen Rechte für alle Menschen gefordert, er verurteilte ungerechte Kriege und schlug vor eine internationale Organisation zu schaffen, die die Sicherung des Friedens übernehmen sollte. Rousseau verlangte die Unantastbarkeit der friedlichen Bevölkerung im Kriege. Doch jeder Krieg, auch wenn er im Namen der Demokratie, von westlichen Staaten geführt wurde, forderte vor allem unter der Zivilbevölkerung die größten Opfer. Dabei von humanitären Kriegen überhaupt zu sprechen, gleicht einer Blasphemie.

### **Frieden verträgt nicht zweierlei Maß**

Wenn jetzt der neugewählte USA-Präsident feststellte, dass der Krieg gegen die Taliban in Afghanistan nicht zu gewinnen sei, was manche klugen Leute schon vor Jahren vorausgesagt haben, dann folgte nicht gleich die logische Schlussfolgerung ihn sofort zu beenden. Immerhin will Obama mit vernünftigen Taliban-Führern verhandeln. Geht es doch auch darum, ohne allzu großen Gesichtsverlust das Debakel zu beenden. In seiner Einführungsrede als Präsident verkündete Obama, nach dem er festgestellt hatte "unsere Nation befindet sich im Krieg gegen ein weitgespanntes Netz der Gewalt und des Hasses. Unsere Wirtschaft ist schwer geschwächt", um dann auszurufen "Amerika ist ein Freund jeder Nation und jedes Mannes, jeder Frau und jedes Kindes, die nach einer Zukunft in Frieden und Würde suchen - wir sind wieder bereit zu führen."<sup>(20)</sup> Das Angebot gilt es zu prüfen. Die Zeit wird zeigen, wie ernst es gemeint war. Der Präsident mag die USA führen, nichts dagegen einzuwenden. Doch der Anspruch, die Welt zu führen, den Truman und seine Nachfolger, insbesondere George W. Bush, lautstark postuliert hatten, war niemals gegeben. Wäre er vorhanden gewesen, dann ist er inzwischen längst verspielt. In der seit längerem existierenden bipolaren Welt hat Washington keine Chance mehr die Führung zu übernehmen.

Im Westen werden Menschenrechte laut gepriesen, wenn sie der Politik von NATO-Staaten nützlich erscheinen. Das Prinzip der Gleichheit gehört bekanntlich dazu. Doch in der Außenpolitik wird es ignoriert. Wenn in Gaza selbst unter internationaler Kontrolle die Hamas ge-

---

<sup>20</sup> Zit. n. Berliner Kurier, 21. Januar 2009

wählt wurden, werden sie vom Westen nicht anerkannt, man war nicht einmal bereit mit der "terroristischen Organisation" zu sprechen. Nun mögen Erklärungen einiger Hamas-Politiker die das Existenzrecht des Staates Israel in Frage stellen ebenso töricht sein, wie der Versuch mit Kassam-Raketen auf ihre Probleme der Abriegelung und Besatzung aufmerksam zu machen.

Doch als eine knappe Mehrheit der Israelis Netanjahu und andere Rechte wählte, die den Palästinensern das Recht absprechen einen eigenen Staat zu bilden, die den Krieg und die Bombenangriffe befürworteten, gab es keinen Proteststurm im Westen. Zweierlei Maß drückt sich vor allem auch in der Strategie der NATO aus, deren Regierungen für sich das Recht in Anspruch nehmen, mit militärischen Mitteln für die Sicherung ihrer wirtschaftlichen Ressourcen zu sorgen. Sie stellten sich selber einen Freibrief für den Krieg aus.

Dabei geht es wahrlich nicht nur um die Jagd deutscher Fregatten auf Piraten im Golf von Aden. Schon in der „Römischen Erklärung“ vom November 1991 wird betont, dass die Konsequenz von ernst wirtschaftlichen, sozialen und politischen Schwierigkeiten militärisches eingreifen sei.

Auch in den Verteidigungspolitischen Richtlinien der Bundesrepublik (zuletzt 2003 umgesetzt für die Bundeswehr) ist nachzulesen.. „So wurde 1999 gegen Jugoslawien der erste "humanitäre Krieg" von der NATO geführt. Unter dieser strategischen Präambel begann ein wahnsinniger Aufrüstungsprozess, der Millionen Menschen schon dadurch in den Tod schickte, weil für sie nicht mehr genug Nahrungshilfe bereitgestellt werden konnten. Hans-Christof von Sponeck, Beigeordneter UNO-Generalsekretär a. D., machte folgende Rechnung auf: "Das globale Militärbudget hat im Jahr 2007 mit 1,2 Billionen US-Dollar einen neuen Höchststand erreicht. Daran haben allein die USA einen Anteil von etwa 50 Prozent; auf die NATO-Staaten entfallen insgesamt 70 Prozent.

Im gleichen Jahr beläuft sich die gesamte Entwicklungshilfe auf 103 Milliarden Dollar oder 8,3 Prozent des Betrages für Militärausgaben!"(21)

Finanzkrise, Wirtschaftskrise, Hungersnöte, wachsende Armut - Zeugnisse für eine Gesellschaft in der Politiker gern das Wort Demo-

---

21 Hans Christof von Sponeck, Menschliche Sicherheit für alle oder militärischen Sicherheit für die NATO? „Friedens Journal, Frankfurt a .M. Januar 2009,S.13

kratie in den Munde nehmen und doch zugleich ad absurdum führen. Die Strategie die die NATO bisher verfolgte und nach den Feierlichkeiten zum 60. Geburtstag offenbar weiter verfolgen will, ist eine Strategie des Krieges . Deshalb kann es nur die Folgerung geben: Auflösung der NATO, Einhaltung der Grundsätze der UN-Charta, Schluss mit der Doppelmoral und dem zweierlei Maß, jegliche Aggressionen ächten und Schuldige nach gleichen Maßstäben verurteilen. Wie sonst wäre der Krieg vom Erdboden zu verbannen? Diese Zielvorgabe bleibt für das 21.Jahrhundert!